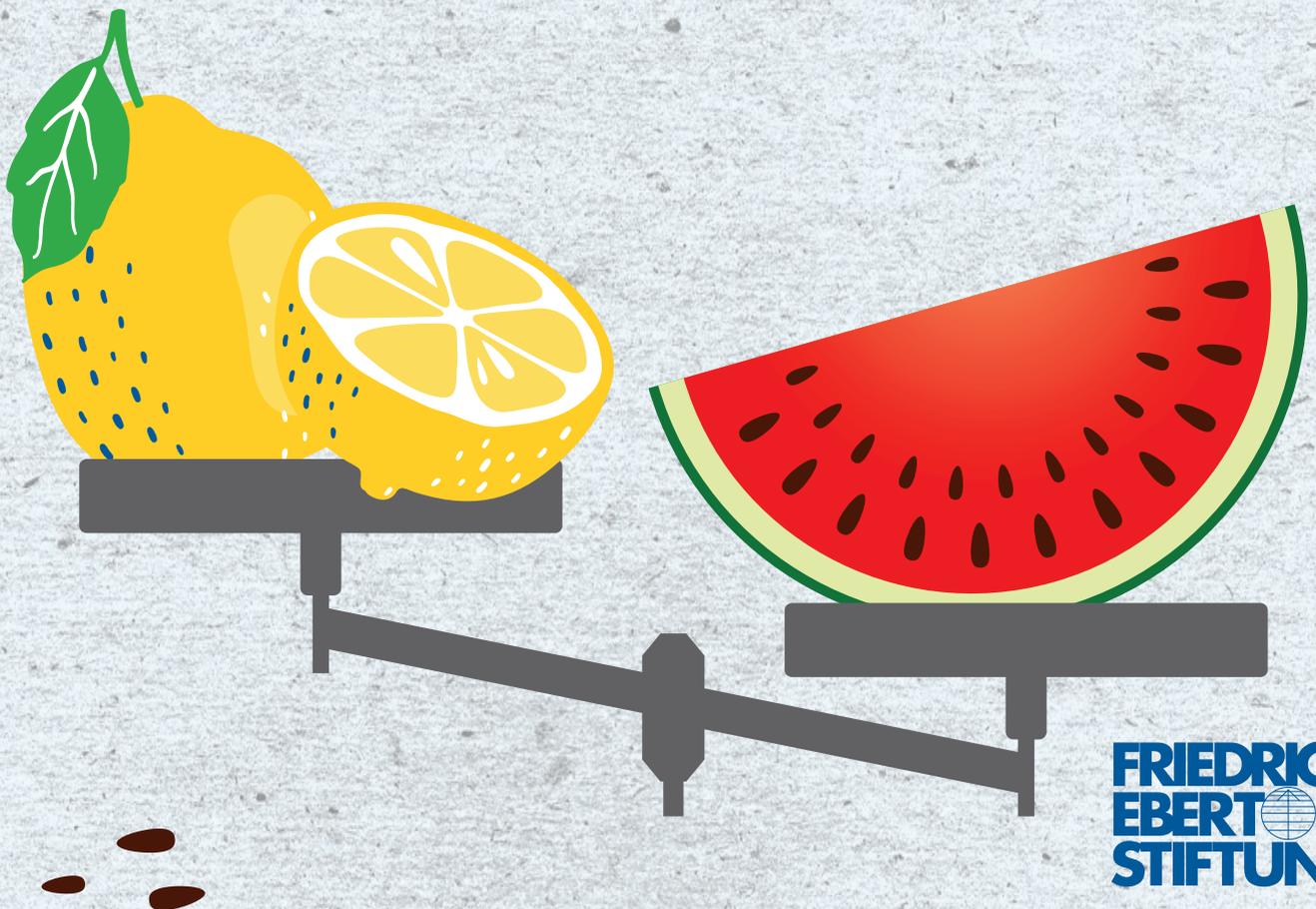


PHILOSOPHIE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

WHAT'S LEFT?

WAS IST GERECHTIGKEIT?

ERFAHRUNGSBERICHT UND KOMMENTAR
VON ANNE GRÄFE



WHAT'S LEFT — WAS IST GERECHTIGKEIT?

ERFAHRUNGSBERICHT UND KOMMENTAR

VON ANNE GRÄFE



An den Freitagen der letzten Wochen und Monate protestierten weltweit immer mehr Schüler_innen gegen die Klimapolitik in ihrem Land. Sie wehren sich dagegen, die Leidtragenden von Entscheidungen zu sein, die sie weder mitbestimmen können noch unterstützen. Die #Fridays-ForFuture-Proteste machen vor allem eines sehr deutlich: Junge Menschen fühlen sich von der Zukunft ausgeschlossen.

Es überrascht demnach nicht, dass sich vor allem junge Menschen an diesem nasskalten Februarabend im Neuköllner Refugio zur zweiten Veranstaltung der Diskussionsreihe „What's Left?“ eingefunden haben. Menschen also, die sich nicht darauf verlassen können, dass sie ein genauso gutes oder besseres Leben als ihre Eltern haben werden – ganz gleich, ob es um Kitaplätze oder Klimafolgen geht. An diesem Abend soll darüber diskutiert werden, „wie ein zeitgemäßer, linker Gerechtigkeitsent-

wurf aussehen kann“. Doch was ist überhaupt gerecht? Kann man Gerechtigkeit messen, nachweisen? Und wie kann eine Gesellschaft gestaltet werden, die für alle gerecht ist und nicht nur für einige wenige? Kevin Kühnert, der sich als Bundesvorsitzender der Jusos für genau diese Themen einsetzt, Katja Urbatsch, deren Initiative „Arbeiterkind.de“ Studierende aus Nicht-Akademikerfamilien unterstützt, und Prof. Dr. Stefan Gosepath, der als Professor für praktische Philosophie an der Freien Universität Berlin lehrt und sich mit Theorien zur globalen Gerechtigkeit, Gleichheit, Demokratie und zum guten Leben beschäftigt, wurden eingeladen, um über diese und weitere Fragen zu diskutieren. Durch das Fishbowl-Format der Diskussion haben die Teilnehmer_innen die Möglichkeit, sich auf das Podium dazuzusetzen und mitzudiskutieren.



GERECHTIGKEIT? DA GEHT MEHR

Die drei Diskutierenden sitzen auf den sozialismusroten Stühlen des Podiums und verdauen die erste Frage von FES-Mitarbeiterin und Moderatorin Alina Fuchs: „Ist Deutschland ein gerechtes Land?“ Kevin Kühnert verneint. Der Staat habe seine Gestaltungsmöglichkeiten schon lange vernachlässigt, da er in Lohn- oder Steuerfragen nicht mehr interveniere. Dadurch seien große Ungleichheiten entstanden: „Wir sind bei Weitem nicht so gerecht, wie wir sein könnten.“ Die Gleichheit eines jeden Menschen sei zwar im Grundgesetz verankert, die Realität sehe jedoch häufig anders aus: In Deutschland entscheide die soziale Herkunft eines Menschen nach wie vor über die Möglichkeiten, die einer Person offenstehen oder verwehrt bleiben. Bereits bei der Geburt bestehe eine Ungleichheit und Lebenswege gingen dann schon zur Volljährigkeit sehr weit und nahezu unveränderlich auseinander.

Katja Urbatsch beurteilt die Verhältnisse in Deutschland ebenfalls als ungerecht. Arbeiterkinder müssten sich ihren Zugang zu höherer Bildung regelrecht verdienen, indem sie bessere Leistungen erbringen als Kinder von Akademiker_innen. Zudem würde der finanzielle Aspekt eines Studiums nicht mitgedacht, das BAföG komme viel zu spät oder scheitere an bürokratischen Hürden. Kinder aus einkommensschwachen Familien verfügten nicht über den nötigen finanziellen Rückhalt um für die Miete eines WG-Zimmers, die Semestergebühren und einen Umzug in Vorkasse zu gehen. Dadurch ergäben sich für viele junge Menschen unüberbrückbare Hürden.

Stefan Gosepath teilt diese Einschätzung. Auch in Deutschland zeige sich die schon länger in den USA zu beobachtende Tendenz, dass große Teile der Bevölkerung entgegen ihrer Interessen wählen. Insbesondere die Ärmsten der Armen gäben eher einer nationalistischen, populistischen Abschottungspolitik ihre Stimme. Linke Politik müsse gerade für all diejenigen Lösungen anbieten, denen es schlecht geht, und das seien sehr häufig Menschen mit niedrigem Einkommen.

WER NICHT LEISTET, WIRD SANKTIONIERT

Was ist also gerecht und was steht einem Menschen zu, frage ich mich? Auf diese Fragen gibt es verschiedene Antworten. Eine der meistdiskutiertesten betrifft die Grundversicherung: Einige Politiker_innen vertreten die Meinung, dass ein Hartz IV-Satz von 416 Euro monatlich ein menschenwürdiges Leben ermögliche. Doch zahlreiche Beispiele aus der Bevölkerung zeigen mir das Gegenteil: Berichte von Rentner_innen, die sich ausschließlich von Haferflocken ernähren, weil sie mit dem Großteil ihres Satzes notwendige Medikamente kaufen oder von Menschen, die sich angewöhnt haben, nur noch eine Mahlzeit am Tag zu essen, füllten in der Diskussion wochenlang die deutschen Medien. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe überprüft derzeit das Hartz IV-System, insbesondere dessen strenge Sanktionen. Die SPD kündigte Anfang Februar die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung eines Bürgergelds an, das weniger Härte und mehr Hilfe verspricht. All das geht mir während der Diskussionsrunde durch den Kopf.



EINMAL KRÄFTIG DURCHMISCHEN, BITTE

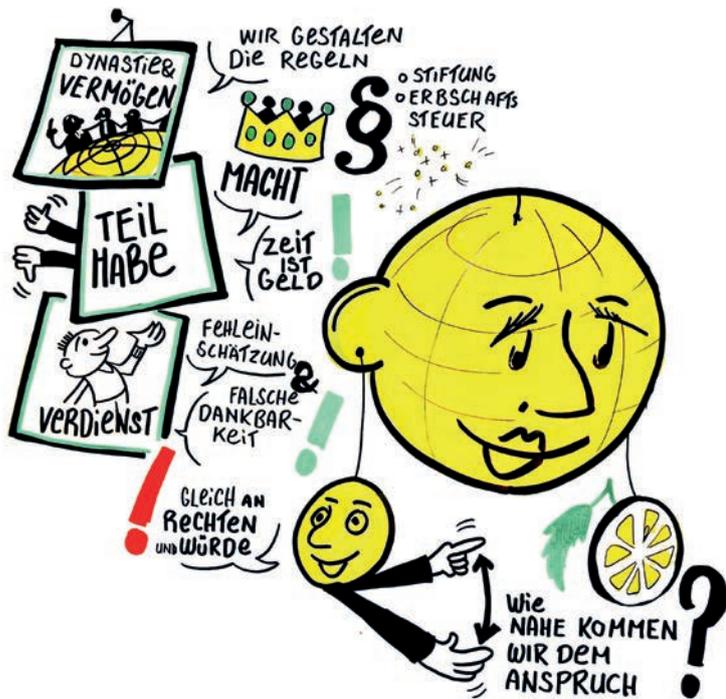
„Anfang der Nullerjahre haben wir teilweise ein Nachunten-Treten praktiziert“, konstatiert Kühnert. Statt Beschäftigten zu höheren Löhnen zu verhelfen, habe man staatliche Leistungen für Erwerbslose gekürzt. Man müsse wieder hin zu einer Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit, bei der niemand mehr von der Gesellschaft fallengelassen würde. Für Gosepath ist Leistung in unserer Gesellschaft mitunter sehr absurd definiert: Unglaublich hohe Einkommen von Fußballspielern oder Models seien vollkommen akzeptiert, obwohl sie in keiner Relation zur tatsächlich erbrachten Leistung stünden. Dies seien zwar zwei extreme Beispiele, doch letztlich nur die überdeutlichsten aus einem großen Pool ungerechtfertigter Gehälter.

Der Leistungsbegriff sei in Deutschland auch weiterhin viel zu eng auf klassische Erwerbsarbeit zugeschnitten, so Kühnert. Daran bemesse sich schließlich, was einer Person im Alter zustünde. Er hält diese Auffassung für unzeitgemäß. Zum einen garantiere das derzeitige System nicht mehr, dass jahrzehntelange Arbeit zu einer guten Rente führt und zum anderen würden beispielsweise Frauen benachteiligt, da sie häufiger unbezahlte Erziehungs- oder Pflegearbeit leisten. Durch die „Teilzeitfalle“ erhielten sie geringe Einkünfte und somit am Ende auch nur eine kleine Rente. Konzepte wie die Respekt- oder die Mütterrente könnten diesen Ungerechtigkeiten in einem gewissen Maß entgegenwirken, da diese die niedrigen Rentensätze von Erwerbstätigen mit jahrzehntelangem kleinem Einkommen aufstocken. Dadurch soll Arbeit wertgeschätzt und Altersarmut verhindert werden. Eine umfassende Lösung, welche die zukünftigen Umbrüche in der Arbeitswelt mit einer gerechten Altersvorsorge für alle vereint, konnte die Politik bisher noch nicht auf den Weg bringen.

Überhaupt sei es sehr schwierig zu entscheiden, was finanziell zu honorieren ist, so Kühnert. Hört man bei der Pflege- und Erziehungsarbeit auf oder erst beim Ehrenamt? Beides käme ja der Gesellschaft zugute. Mir kommt Madeline Hofmann in den Sinn, die in ihrem im September 2018 erschienenen Buch *Macht Platz! Über die Jugend von heute und die Alten, die überall dick drin sitzen und über fehlenden Nachwuchs schimpfen*, vorschlägt, dass politisches Engagement Student_innen als unbenotete Leistung angerechnet werden könne. Dies würde junge Menschen darin bestärken, sich zu engagieren. Und noch etwas aus Hofmanns Buch scheint mir wichtig für die Debatte: Es fehlt Diversität in der Politik. Nur wenn möglichst viele Stimmen gehört werden, können informierte Entscheidungen getroffen werden, die bestmöglich für alle sind. Ein Blick in den deutschen Bundestag zeigt, dass das Durchschnittsalter der Abgeordneten bei 49,4 Jahren und damit ungefähr 5 Jahre über dem Durchschnittsalter der Deutschen liegt. Fast alle Abgeordneten haben einen akademischen Abschluss, in der Gesamtbevölkerung sind es laut Statistischem Bundesamt lediglich 17%. Auch Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund sind im Parlament stark unterrepräsentiert.

Man müsse die Hürden für politische Teilhabe niedriger setzen, erwidert Kühnert auf die Frage einer Teilnehmerin, wie dieses System der Privilegierung durchbrochen werden könne. Es herrsche häufig eine blasierte Haltung unter Politiker_innen gegenüber ihrem Publikum – zum Beispiel, wenn es um Fachbegriffe in Reden gehe. Politische Teilhabe müsse sich nach den Menschen richten und nicht andersherum. Urbatsch kritisiert die Boys-Club-Kultur, in der wichtige Absprachen während des sonntäglichen Golfspiels getroffen würden und zu der Arbeiter_innen keinen Zugang hätten. Hinzu käme, dass Arbeiterkinder aus Angst vor Ablehnung innerhalb elitärer Kreise oft nicht zu ihrer sozialen Herkunft stünden. Sie seien also nicht nur unterrepräsentiert, sondern würden auch viel weniger wahrgenommen.





WIR BRAUCHEN EINE NEUE VERTEILUNG VON REICHTUM

Die Ungerechtigkeiten sind da und sie gehen auch nicht von allein weg. Wohlhabende Menschen haben immer mehr Möglichkeiten, ihren Reichtum zu mehren, während arme Menschen zunehmend auf der Verliererseite zurückbleiben, ohne Aufstiegschancen. Gosepath betont, dass es in Deutschland immer noch einen starken sozialen Zusammenhalt gebe und insbesondere im internationalen Vergleich eine hohe Lebensqualität. Gleichzeitig machen die Diskussionsbeiträge aber sehr deutlich, dass Deutschland weit von einer idealen Situation entfernt ist. Was kann die Politik konkret für mehr Gerechtigkeit tun?

„Wir müssen aufhören über die ungleiche Vermögensverteilung immer nur zu jammern“, fordert Kühnert. Man müsse eine „Verteilungsgerechtigkeit konkret über Steuern herstellen“, insbesondere über Vermögens- und Erbschaftssteuern. Es gebe bei vielen eine völlig absurde Vorstellung von unternehmerischem Erfolg. Ja, die Unternehmen schufen Arbeitsplätze und Unternehmer_innen gingen nicht selten auch persönliche Risiken ein. Der Erfolg aber wäre ohne die vom Staat bereitgestellte Infrastruktur und die ausgebildeten Mitarbeiter_innen, die die Unternehmen trügen, nicht denkbar. Auch die Erbschaftssteuer löse häufig bei den Falschen Panik aus. Grundsätzlich schätzten sich Menschen in Deutschland nämlich als wohlhabender ein, als sie tatsächlich seien – mit Ausnahme natürlich von Friedrich Merz. Eine weniger löchrige Erbschaftssteuer müsse vor allem große Erbsummen und „nicht das kleine

Häuschen von Oma“ betreffen. Als konkrete, zeitnahe Maßnahme die für mehr Gerechtigkeit sorgen soll, setzt Kühnert sich für eine Mindestvergütung für Auszubildende ein, die noch in diesem Jahr verhandelt werden soll.

Katja Urbatsch fordert eine planbare, lückenlose Studienfinanzierung, die es jedem jungen Menschen in Deutschland ermöglicht, ohne finanzielle Nöte ein Studium zu absolvieren. Studiengebühren abzuschaffen sei nicht genug, um Bildung für alle zugänglich zu machen. Insbesondere Kinder aus Familien, deren Eltern Hartz IV beziehen, hätten mit erschwerten Bedingungen zu kämpfen und bräuchten verstärkt Hilfe, um studieren zu können.

Stefan Gosepath möchte das Vermögen der Top-Ein-Prozent stärker besteuern. Er verweist auf die USA, wo die Großverdienenden unglaublichen Einfluss auf die Politik erlangt haben. Eine Entwicklung, die auch Deutschland drohe, sofern keine entsprechenden Gesetze geschaffen würden. Dafür seien jedoch globale Steuerregelungen nötig, da einzelne Nationalstaaten dies nicht im nötigen Maß durchsetzen könnten: Geld wandere schneller über Staatsgrenzen als neue Gesetze geschaffen werden könnten.

Die Beiträge der Diskutierenden des Abends zeigen, dass ein gerechtes Leben in Deutschland derzeit nicht für alle gegeben ist. Verschiedene Faktoren bedingen die Ungleichheiten, einer der gravierendsten ist die soziale Herkunft. Die Politik ist gefragt. Sie muss Lösungen finden, die gesamtgesellschaftlich für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit sorgen. Wenn an Abenden wie diesem die Diskussion bei Gerechtigkeit beginnt und bei Fragen der Umverteilung endet, ist für mich schon mal vieles richtig gelaufen. Am Ende gibt es ein schlechtes und ein gutes Fazit. Das schlechte ist, dass nach wie vor großer Handlungsbedarf besteht, wenn eine gerechte und gleiche Gesellschaft für jeden einzelnen Menschen in Deutschland gewährleistet werden soll. Das gute aber, dass eine gerechte Gesellschaft keinesfalls unmöglich ist. Eine stärker gerechtigkeitsorientierte, auch umverteilende Politik wäre ein erster wichtiger Schritt.

ÜBER DIE AUTORIN

Anne Gräfe studiert Anglophone Modernities in Literature and Culture, im Bachelor Germanistik und Anglistik. Sie ist Teil des ZurQuelle Magazins, war Gastautorin bei der NG|FH, hat im Verlag gearbeitet und gibt Seminare für Magazinmachen und journalistisches Arbeiten an der Uni Potsdam. Sie interessiert sich für Postcolonial Studies, Feminismus und die Zukunft der Sozialen Demokratie.

IMPRESSUM

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

HERAUSGEBERIN: Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft

AUTORIN: Anne Gräfe
GRAPHIC RECORDING: Gabriele Schlipf
GESTALTUNG: Andrea Schmidt • Typografie/im/Kontext

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

© 2019 • Friedrich-Ebert-Stiftung • www.fes.de